

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg – Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

05.10.2022 – 07.10.2022

MdL Daniel Seiffert

TOP 1

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin
des Landes Mecklenburg-Vorpommern zum Thema

Aktuelle Situation der Energieversorgung

In Verbindung mit:

Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

Verlässliche Antworten für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern:

Entlastungspaket konkretisieren, beschleunigen und ergänzen

- Drucksache 8/1356 -

in Verbindung mit:

Antrag der Fraktion der AfD

Energieversorgung sichern – Nord Stream 2 öffnen

- Drucksache 8/1351 -

in Verbindung mit:

Antrag der Fraktion der CDU

Energiekrise abwenden – Zielgenaue Maßnahmen umgehend umsetzen

- Drucksache 8/1406 -

Sehr geehrte Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

immer mehr Menschen gehen auch in Mecklenburg-Vorpommern auf die Straße. In der Bevölkerung brodelt es. Die Ängste, Rechnungen nicht mehr bezahlen zu können, in der kalten Wohnung sitzen und beim Essen sparen zu müssen, sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Verunsicherung ist so groß, dass den Menschen dabei egal ist, wer zur Demo einlädt. Demokratiefeindliche Kräfte am rechten Rand nutzen das aus und schüren zusätzlich Verunsicherung. Wir müssen der sozialen Spaltung und der Gefahr, dass die Gesellschaft auseinanderbricht, endlich etwas entgegensetzen. Entlastung muss zeitnah bei den Menschen ankommen und jeglichen Untergangsszenarien Einhalt geboten werden. Täglich hören wir Meldungen von Unternehmen die ihre Produktion vorübergehend einstellen, ganz aufgeben oder gar Insolvenz anmelden müssen. Wir wissen von Firmen, von Krankenhäusern, sozialen und kulturellen Einrichtungen, die ihre Abschlagszahlungen nicht mehr leisten können. Oder deren Energieverträge auslaufen oder gekündigt wurden. Und die nun ohne Versorgungs-Vertrag dastehen – weil neue Verträge aufgrund der extremen Preissteigerungen nicht annehmbar sind. Mittlerweile sind die zuvor teuren Tarife in der Grundversorgung preiswerter als andere Angebote. Tafeln und Beratungsstellen etwa beim Mieterbund oder der Schuldnerberatung erleben einen nie gekannten Ansturm. Das lange

Zögern und Hinausschieben notwendiger politischer Entscheidungen haben die Lage dramatisch verschärft. Mit der Zerstörung von drei Gasleitungsröhren von Nord Stream 1 und Nord Stream 2 sind weitere, bisher nicht für möglich gehaltene Tatsachen geschaffen worden. Die Versorgung mit Energie ist längst Teil der Sicherheitspolitik geworden. Das es Sabotage war, ist sicher. Damit wurde eine neue Eskalationsstufe erreicht.

sehr geehrte Damen und Herren,

die Länder haben seit Bekanntgabe des dritten Entlastungspaketes durch den Bund auf mehr Mitspracherecht gedrängt. Bei Entscheidungen zum Paket außen vor zu bleiben, aber kräftig mit zur Kasse gebeten zu werden, hat für viel Unmut in den Landesregierungen gesorgt. Auch zeigt sich, dass die bisherigen Pakete bei weitem nicht ausreichen und zu spät helfen. Denn einige der Entlastungen greifen erst im kommenden Jahr. Die vergangenen Wochen haben zahlreiche Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker genutzt, um ihre Vorstellungen zu erläutern oder deutliche Kritik an der Bundespolitik zu äußern. Durchaus berechtigt, aber auch um sich selbst in Stellung zu bringen oder einfach nur zu provozieren. Ich will das nicht in Abrede stellen. Das ist das gute Recht und auch die Pflicht von Politikerinnen und Politikern. Aber in dieser Zeit müssen wir Demokratinnen und Demokraten parteiübergreifend dafür sorgen, dass Ruhe einkehrt. Wir müssen Verlässlichkeit beweisen und Zuversicht geben. Das gelang bisher nur unzureichend!

Auf Länderebene sind die Möglichkeiten begrenzt. Und der Bund tat sich lange Zeit sehr schwer. Es wurde gestritten, die Schuldenbremse beschworen, viel Kraft in eine zum Scheitern verurteilte Gasumlage gesteckt. Entscheidungen wurden wegen fehlender Finanzierung vor sich hergeschoben. Die Gasumlage ist ein Beispiel dafür, wie Politik nicht agieren darf. Sie ist zwar endlich vom Tisch, aber die Nachwirkungen bleiben. Energieunternehmen haben pflicht- und fristgemäß Bescheide zur Erhöhung der Abschlagszahlungen aufgrund der Gasumlage an die Verbraucherinnen und Verbraucher geschickt. Wohnungsunternehmen haben ihre Mieterinnen und Mieter angeschrieben. Bescheide und Aufforderungen zur Erhöhung der Abschlagszahlungen aufgrund der Gasumlage sind jetzt obsolet. Nun muss wieder mit hohem Aufwand reagiert werden. Ganz zu schweigen von der entstandenen Unsicherheit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Die erneuten Anschreiben beinhalten jedoch auch die ab sofort bis Ende März 2024 geltende Senkung der Mehrwertsteuer bei Gas und Fernwärme und damit endlich einmal eine gute Nachricht. Der Bundestag hat das am vergangenen Freitag beschlossen, der Bundesrat folgt an diesem Freitag.

sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Woche (28.09.2022) trafen sich die Länderchefs in einer Sonderkonferenz, da die Bund-Länder-Runde bekanntermaßen auf gestern verschoben werden musste. Einstimmig beschlossen die Regierungschefinnen und -chefs der Länder einen Energiepreisdeckel, der für Strom, Gas und Wärme gelten muss. Ministerpräsidentin Schwesig konnte sich damit durchsetzen. Auf einen Energiepreisdeckel einigten sich alle Teilnehmenden am MV-Energiegipfel im August (22.08.2022). Ein Modell dafür wurde im Ergebnis des Gipfels von einer Arbeitsgruppe der Landesregierung erarbeitet. Wie die Ministerpräsidentin bereits ausführte, würde der geplante Deckel Bezahlbarkeit, Planbarkeit sowie Sparanreiz bieten.

Damit hat die Ministerpräsidentin einen klaren Kompass und eine fundierte Entscheidungsgrundlage für bisherige und weitere Verhandlungen. Die Preise für alle Heiz-Energiearten – auch Kohle, Heizöl und Holz – sind enorm gestiegen und brauchen einen Preisdeckel. Der Bund fokussiert sich bislang auf einen Strom- und Gaspreisdeckel. Der Strompreisdeckel wurde mit dem dritten Entlastungspaket angekündigt. Der Gaspreisdeckel mit dem „Doppel-Wumms-Paket“ von 200 Mrd. Euro am vergangenen Donnerstag. Mit dem als Abwehrschirm bezeichneten vierten Paket hat der Bund den gordischen Knoten aufgelöst. Gesichtswahrend für die FDP soll die Finanzierung des 200-Milliarden-Euro-Paket über den derzeitigen Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds (WSF) erfolgen. Damit werden neue Kreditaufnahmen möglich, auch wenn Bundesfinanzminister Christian Lindner betont, dass ab dem kommenden Jahr die Schuldenbremse eingehalten wird. Das ist eine verkappte Aufhebung der Schuldenbremse. Wertvolle Zeit wurde vertan. Das rächt sich. Das zeigen die Umfragen.

Die Zustimmungswerte der Ampelregierung sind schlecht, sehr schlecht!
Aber lieber spät als nie!

sehr geehrte Damen und Herren,

bei Strompreisdeckel kommt man voran. Die Energieminister der EU-Mitgliedsstaaten haben sich am vergangenen Freitag auf das Abschöpfen von Übergewinnen geeinigt. Demnach müssen Energieunternehmen künftig ein Teil ihrer Übergewinne – die Rede ist von mindestens 33 Prozent – an den Staat abgeben. Die Einigung auf eine EU-Solidarabgabe für Unternehmen im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich ist ebenfalls ein wichtiger Schritt. Die Mittel sind zur Entlastung von Verbraucherinnen und Verbrauchern bestimmt. Die Nationalstaaten müssen noch zustimmen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sicherte eine schnelle Umsetzung zu. Er will den in der EU angedachten Preisdeckel in Höhe von 180 Euro je MWh zumindest für Ökostromkraftwerke reduzieren, da Erneuerbare Energie sehr preiswert produziert wird.

sehr geehrte Damen und Herren,

15 europäische Länder, darunter auch Frankreich und Italien wollen einen europaweiten Gaspreisdeckel einführen. Deutschland stand bislang auf der Bremse. Habecks Befürchtung: Es könnte zu Versorgungsengpässen kommen. LNG-Tanker könnten dann statt nach Europa dorthin fahren, wo noch höhere Preise gezahlt werden. Die Europäische Kommission kündigte am Wochenende an, die von der Bundesregierung geplante Gaspreisbremse genau zu prüfen. In der EU gibt es Befürchtungen, das kreditfinanzierte Paket von bis zu 200 Milliarden Euro könnte den Wettbewerb verzerren. Somit bleibt wohl kaum ein anderer Weg als sich auf einen europaweit geltenden Gaspreisdeckel zu einigen. Die Kuh ist also längst nicht vom Eis. Die Zeit drängt. Doch die „ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme“ wird wohl erst Mitte Oktober Vorschläge für einen befristeten Gaspreisdeckel vorlegen. Egal ob nun europaweit oder im Alleingang, gesichert werden muss, dass schnellstmöglich Privathaushalte, Unternehmen und Einrichtungen vor Überforderung geschützt werden. Ich sehe auch weiteren Verhandlungsbedarf zur Deckelung der Preise bei Kohle, Heizöl und Holz sowie eine Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck dämpfte aber die Erwartungen. Der Gaspreis werde auch mit Deckel auf hohem Niveau bleiben.

Grund genug, um zügig gezielte Entlastungen für untere und mittlere Einkommen umzusetzen – wie die Wohngeldreform und die Auszahlung der Energiepauschale an Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner. Auch muss bei 10 Prozent Inflation – der höchsten seit 70 Jahren – noch in diesem Jahr ein Zuschlag bei der Grundsicherung erfolgen und der Regelsatz beim geplanten Bürgergeld nach oben korrigiert werden.

sehr geehrte Damen und Herren,

die Länder haben sich in der vergangenen Woche auf einen ganzen Forderungskatalog gegenüber dem Bund geeinigt. Darunter ein Großteil von Forderungen, die auch Antragsgegenstand sind. Das betrifft die Unterstützung von Unternehmen und Betrieben, die besonders unter hohen Energiekosten leiden. Gezielte Wirtschaftshilfen für Industrie, kleine und mittlere Unternehmen, das Handwerk und den Einzelhandel. Die Länder betonen, dass diese Hilfen auch kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen offenstehen sollen und es gezielter Hilfen für Kultureinrichtungen, Sportstätten und -vereinen bedarf.

Die Länder machten jedoch auch deutlich, dass sie selbst und auch die Kommunen mit der Umsetzung der bisherigen drei Entlastungspakete finanziell überfordert sind. Länder und Kommunen können ihre übrigen notwendigen Aufgaben nur leisten, wenn der Bund sie entlastet.

Dafür haben die Länder solide Vorschläge gemacht.

So wird ein Rettungsschirm für Stadtwerke gebraucht.

Es bedarf zusätzliche Maßnahmen zur Absicherung sozialer Infrastrukturen und Dienste aller freien und sonstigen Träger, die staatliche Aufgaben übernehmen. Dabei liegt uns Linken ganz besonders die Kinder- und Jugendhilfe am Herzen. Darüber hinaus braucht es einen Schutzschirm für die Wohnungswirtschaft und Regelungen im Mietrecht für Kündigungsschutz. Meine Fraktion begrüßt, dass zudem Forderungen nach Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr einschließlich Ausgleich der gestiegenen Kosten sowie nach Entlastungen von Pendlerinnen und Pendlern im ländlichen Raum Bestandteil des Länderbeschlusses ist. Auch wurde gegenüber dem Bund klargestellt, dass ein Nachfolgeticket zum 9-Euro-Ticket zusätzliche Mittel erfordert. Die Forderungen nach weniger Belastung von Ländern und Kommunen umfassen auch, dass Wohngeld künftig vollständig vom Bund getragen werden soll. Bislang tragen Bund und Länder je zur Hälfte die Kosten. Allein die geplante Wohngeldreform würde 40 Millionen Euro Mehrkosten im Jahr für Mecklenburg-Vorpommern bedeuten. Des Weiteren wird eine Gegenfinanzierung der maßgeblich durch hohe Energiekosten gestiegenen Mehrkosten bei Krankenhäusern und Unikliniken gefordert. Zudem muss sichergestellt werden, dass die gestiegenen Kosten bei den Pflegeeinrichtungen aufgefangen werden, damit die Kosten nicht den Pflegebedürftigen zur Last fallen. Auch eine höhere Beteiligung bei der Flüchtlingsfinanzierung muss endlich umgesetzt werden.

sehr geehrte Damen und Herren,

doch eine Einigung auf die notwendige Entlastung gelang gestern nicht. Die MPK ging ohne konkretes Ergebnis zu Ende. Die Zitterpartie geht weiter. Deshalb haben wir den Antrag noch einmal erweitert, um mit Nachdruck gegenüber dem Bund agieren zu können. Ich werbe dafür, dass dazu heute ein parteiübergreifender Beschluss im Landtag gelingt. So wurde neu

aufgenommen, dass der Bund die Mehrkosten beim Wohngeld vollständig übernehmen soll. Das Ziel, die Kommunen zu entlasten, findet sich bereits im vorliegenden Antrag mit der Forderung, die Kosten für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung vollständig vom Bund zu übernehmen. Zur Entlastung der Kommunen in Folge der Corona-Pandemie wurde Mitte 2020 der Bundesanteil auf bis zu 75 Prozent erhöht. Dafür wurde das Grundgesetz geändert. Doch auch mit diesem großen Schritt bleiben Kritikpunkte. Denn gerade Kommunen in strukturschwachen Regionen verfügen über weniger Steuereinnahmen, haben aber eine höhere Hartz-IV-Quote. Hohe Sozialausgaben binden gerade bei finanzschwachen Kommunen überproportional Mittel. Das verstärkt die Unterschiede zwischen armen und reichen Kommunen. Das war auch Ergebnis der eingesetzten Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse. Deshalb bekräftige ich für die Linksfraktion, sich auf Bundesebene für die vollständige Übernahmen der Wohnkosten in der Grundsicherung oder dem künftigen Bürgergeld einzusetzen.

sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist fünf nach zwölf. Die Preisentwicklung bei Energie wird in jedem Gespräch thematisiert, dass wir privat oder als Abgeordnete führen. Das zeigen die vielfachen Hilfeersuchen und Forderungskataloge – von den Stadtwerken, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, der LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, der Landes-Krankengesellschaft und auch den Hochschulen. Gestern einigten sich Bund und Länder zumindest darauf, bei Bedarf zusätzliche Hilfsmaßnahmen gesondert zu beraten. Leider besteht weiterhin keine Klarheit über die konkrete Ausgestaltung der Entlastungsmaßnahmen. Somit ist es kaum möglich, den Härtefallfonds des Landes inhaltlich auszugestalten.

Die Linksfraktion schlägt vor, damit Menschen und Kleinstunternehmen/Soloselbstständige in besonderen Ausnahmesituationen bzw. Notfällen zu unterstützen, insbesondere wenn vorhandene soziale Sicherungssystem bzw. Wirtschaftshilfen nicht oder nicht schnell genug greifen. Dieser Härtefallfonds muss ebenso sichern, dass soziale und soziokulturelle Einrichtungen wie beispielsweise Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Stadtteilzentren, Frauenhäuser und die Tafeln sowie soziale Beratungsstrukturen weiterhin ihre unterstützende Arbeit leisten können. Auch die Studierendenwerke brauchen Unterstützung, damit Wohnkosten bei den Studierenden nicht aus dem Ruder laufen. Sozialministerin Drese könnte sich vorstellen – so ihre Aussage auf der Landespressekonferenz zum Thema „Alarmstufe ROT: Krankenhäuser in Gefahr“ – dass vom Härtefallfonds auch Kliniken profitieren könnten. Es ist fraglich, ob die bislang vorgesehenen 30 Millionen Euro reichen. Der Fonds ist nur über einen Nachtragshaushalt einzurichten. Die Länder brauchen mehr Handlungsspielraum, das geht nur über ein Aussetzen der Schuldenbremse.

sehr geehrte Damen und Herren,

abschließend noch einige Worte zur Versorgungslage. Die Gasspeicher sind mit über 91 Prozent gut gefüllt. Unsere Ministerpräsidentin und Kollege Beitz haben deutlich gemacht, dass Mecklenburg-Vorpommern einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Versorgung mit Strom, Gas und Öl Deutschlands, insbesondere Ostdeutschlands leistet. Mit den Mitteln aus dem Zukunftspaket für den Ausbau der Häfen Rostock und Lubmin, dem Ausbau und der Ertüchtigung von Pipelines sowie weiterer Infrastruktur sind die Vorhaben finanziell

abgesichert. Die Landesregierung unternimmt alles, damit in diesem Jahr noch LNG in Lubmin anlanden und die PCK-Raffinerie in Schwedt mit Öl über den Rostocker Hafen versorgt werden kann. Fünf IPCEI-Projekte werden in Mecklenburg-Vorpommern gefördert, die sich mit Erzeugung und Transport von Wasserstoff befassen. Dafür wird das Land die Kofinanzierung der Bundesmittel sicherstellen. Damit legen wir den Grundstein dafür, dass mehr Wertschöpfung aus überschüssigem Strom aus erneuerbaren Energien und künftigen Wasserstoffimporten im Land verbleibt. Den Ausbau der EE werden wir beschleunigen. Der Bundestag hat am Freitag verbesserte Rahmenbedingungen für die Erzeugung von Biogas und Photovoltaik beschlossen. Mecklenburg-Vorpommern verfügt über sehr gute Bedingungen, sich künftig aus eigener Kraft mit Energie aus Erneuerbaren versorgen zu können. Diese Chance wollen und müssen wir nutzen.

Aktuell ist jedoch alles daran zu setzen Energie zu sparen, wo es nur geht. Die Bundesnetzagentur warnte vor wenigen Tagen, dass zu viel Gas verbraucht wird. Eine Gasmangellage gilt es zu verhindern. Jedes Gespräch muss genutzt werden, über die Notwendigkeit des Sparens aufzuklären. Panikmache und Ängste schüren sind jedoch fehl am Platz.